Stand: 13.12.2025 04:55:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6801

"AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/6801 vom 20.05.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7553 des WI vom 26.06.2025
- 3. Beschluss des Plenums 19/7704 vom 22.07.2025
- 4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

20.05.2025

Drucksache 19/**6801**

Antrag

der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) einzusetzen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich auf EU-Ebene für die Verhinderung der europäischen Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD) einzusetzen.

Begründung:

Die Lieferkettengesetze auf nationaler und europäischer Ebene stellen eine immense Belastung für die deutsche Wirtschaft dar und schaden gleichzeitig den Entwicklungsländern. Die AfD-Fraktion fordert daher konsequent ihre Abschaffung bzw. Verhinderung. Im Rahmen der Großen Koalition (GroKo) in Deutschland war die CSU maßgeblich am Beschluss und der Einführung des LkSG beteiligt. Dieses Gesetz wurde am 11. Juni 2021 vom Bundestag verabschiedet und trat am 1. Januar 2023 in Kraft.

Als Präsidentin der Europäischen Kommission war Ursula von der Leyen (CDU) direkt verantwortlich für den Vorschlag zur Einführung der europäischen Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD). Dieser Vorschlag wurde am 23. Februar 2023 angekündigt.

Die AfD-Fraktion im Landtag hat von Anfang an und regelmäßig die Nichteinführung und Abschaffung der Lieferkettengesetze auf Bundes- und EU-Ebene gefordert, vgl. Drs. 19/5024 vom 19.02.2025, 19/4364 vom 11.12.2024, 18/26248 vom 01.02.2023, 18/25659 vom 09.12.2022, 18/18479 vom 01.10.2021, 18/14607 vom 17.03.2021 und 18/14603 vom 17.03.2021.

Diese kontinuierliche Haltung unterstreicht die langjährige Überzeugung der AfD, dass diese Gesetze sowohl der Wirtschaft und Gesellschaft sowohl von Deutschland als auch der Entwicklungsländer schaden.

Die stetige Forderung der AfD nach einer Abschaffung der Lieferkettengesetze wurde auf Druck der deutschen Unternehmensverbände mittlerweile auch von der CDU/CSU wenigstens formell übernommen.

Anfang April 2025 stimmte das EU-Parlament für wenigstens einen Aufschub des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD), wodurch die Umsetzung von Juli 2027 auf Juli 2028 verschoben wurde. Diese Entscheidung der EU-Kommission erfolgte als Reaktion auf massiven Druck aus der Wirtschaft. Der deutsche Europaabgeordnete Daniel Caspary (EVP-Fraktion) kommentierte dazu sogar: "Europa braucht den Mut zum Rotstift." Er forderte "unverzüglich massive Entlastungen für die europäischen Unternehmen" und bezeichnete den Aufschub als "nur den ersten Schritt".

Im CSU-Bundestagswahlprogramm 2025 wurde explizit die "Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes" gefordert. Ebenso heißt es im Koalitionsvertrag der Schuldenkoalition auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD von Anfang April 2025: "Darüber hinaus schaffen wir das nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ab. Es wird ersetzt durch ein Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung, das die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) bürokratiearm und vollzugsfreundlich umsetzt." Die Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes zugunsten der EU-Regelung wird der deutschen Wirtschaft keine Entlastung bringen, da die grundlegenden bürokratischen und rechtlichen Belastungen bestehen bleiben.

Das EU-Lieferkettengesetz legt umfassende Sorgfaltspflichten für Unternehmen fest:

- Unternehmen mit über 5 000 Mitarbeitern und mehr als 1,5 Mrd. Euro Umsatz müssen ab Juli 2028 Sorgfaltspflichten anwenden.
- Unternehmen mit mehr als 3 000 Mitarbeitern und über 900 Mio. Euro Umsatz sind ebenfalls ab Juli 2028 betroffen.
- Mitgliedstaaten haben bis zum 26. Juli 2027 Zeit, die EU-Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.
- Große Unternehmen mit über 250 Beschäftigten müssen ab 2028 Nachhaltigkeitsberichte für das Geschäftsjahr 2027 vorlegen.
- Kleine und mittlere b\u00f6rsennotierte Unternehmen sind ab 2029 zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet.
- Diese Vorgaben zeigen die weitreichenden bürokratischen und organisatorischen Anforderungen, die auf Unternehmen zukommen.

Die Lieferkettengesetze stellen eine massive planwirtschaftliche Einmischung in unternehmerische Prozesse dar.

Unternehmen sind verpflichtet,

- Risiken wie Kinderarbeit, Umweltzerstörung oder Ausbeutung in ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu vermeiden, zu mindern oder zu beheben,
- Investitionen zu t\u00e4tigen, Vertragskontrollen durchzuf\u00fchren, Gesch\u00e4ftspl\u00e4ne anzupassen und kleinere Partnerunternehmen zu unterst\u00fctzen,
- Übergangspläne zu erstellen, um ihre Geschäftsmodelle mit dem Pariser Klimaabkommen in Einklang zu bringen.

Weitere Auflagen:

- Mitgliedstaaten müssen Aufsichtsbehörden einrichten und Online-Plattformen mit Leitlinien für Unternehmen bereitstellen.
- Verstöße werden mit Geldstrafen von bis zu 5 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes, öffentlicher Anprangerung und einem dreijährigen Ausschluss von öffentlichen Aufträgen sanktioniert.
- Geschädigte haben Anspruch auf vollständige Entschädigung durch das Unternehmen.
- Die EU-Kommission wird ein europäisches Netz der Aufsichtsbehörden schaffen.
- Laut Deutscher Industrie- und Handelskammer (DIHK) (2022) belastet das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als deutsche Aufsichtsbehörde Unternehmen mit einem Fragenkatalog von 437 Datenfeldern zur Überprüfung des Lieferkettengesetzes. Diese Vorgaben verdeutlichen den enormen Kontroll- und Dokumentationsaufwand.

Die betriebswirtschaftlichen Kosten und volkswirtschaftlichen Nachteile der Lieferkettengesetze sind gravierend:

 Eine Umfrage des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall (Juni 2023) zeigt, dass 96 Prozent der großen Unternehmen (über 1 000 Mitarbeiter) direkt oder indirekt vom LkSG betroffen sind. Selbst kleine (bis 249 Mitarbeiter) und mittelständische Unternehmen (250–999 Mitarbeiter) sind zu 70 Prozent bzw. 86 Prozent betroffen, da größere Kunden entsprechende Nachweise verlangen.

- Mittelständische Unternehmen rechnen mit zusätzlichen Kosten von etwa 69.000 Euro pro Jahr, kleine Unternehmen mit knapp 30.000 Euro jährlich. Diese Kosten entstehen durch bürokratischen Aufwand, zusätzliches Personal oder externe Dienstleister.
- Laut Gesamtmetall berichten 64 Prozent der betroffenen Unternehmen von einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, 13 Prozent haben sich aus bestimmten Ländern zurückgezogen oder planen dies und 54 Prozent stellen eine Schwächung der Resilienz und Diversifizierung ihrer Lieferketten fest.
- Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) meldete im Januar 2024, dass 92 Prozent der direkt betroffenen Unternehmen den bürokratischen Mehraufwand als "sehr hoch" oder "hoch" einstufen. Bei 88 Prozent der indirekt betroffenen, meist mittelständischen Unternehmen ist die Belastung ähnlich hoch. Knapp jedes vierte direkt betroffene Unternehmen reduziert die Zahl seiner Zulieferer, 14 Prozent prüfen einen Rückzug aus risikoreichen Ländern und 77 Prozent geben an, dass das Gesetz ihre Attraktivität im Ausland mindert, was bereits Vorwürfe des Protektionismus auslöste.
- Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) lehnte das LkSG 2020 ab, da es für Unternehmen mit komplexen Lieferketten, insbesondere Mittelständler, nicht erfüllbar sei und zu Wettbewerbsnachteilen führe, die bis zur Geschäftsaufgabe oder Standortverlagerung ins Ausland reichen könnten.
- Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln (2022) kritisiert, dass das Gesetz die nicht wertschöpfende Lizenzierungs- und Beratungsbranche aufbläht und die Inflation anheizt. Mindestens 8 Prozent der Unternehmen müssen externe Dienstleister für das Monitoring beauftragen.
- Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel (2021) schätzt, dass bis zu 7 Prozent der deutschen Einfuhren (77,3 Mrd. Euro, 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder 931 Euro pro Einwohner) betroffen sind.

Entgegen ihrem deklarierten Ziel fügen die Lieferkettengesetze den Entwicklungsländern einen erheblichen humanitären Schaden zu:

- Das IW Köln (2021) betont, dass deutsche Unternehmen sich aus diesen Ländern zurückziehen, was Arbeitnehmer in schlechtere Arbeitsbedingungen des informellen Sektors drängt und das Bruttosozialprodukt von Ländern wie Kambodscha, Vietnam und Malaysia um bis zu 1 Prozent reduziert.
- Das IW Köln (2024) weist darauf hin, dass kleinere Betriebe in Entwicklungsländern die komplexen Vorschriften nicht erfüllen können. Folge: Der Import von Bekleidung aus Ländern wie Bangladesch oder Pakistan sank 2023 um über 20 Prozent. In Bangladesch, wo 12 Prozent des BIP auf die Bekleidungsindustrie entfallen, ist dies ein Rückschritt für die nachhaltige Entwicklung.
- Durch den Rückzug europäischer Unternehmen werden Handelspartnerschaften mit Ländern wie China attraktiver, trotz deren schlechterer Umwelt- und Sozialstandards.
- Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwaben warnte 2023, dass das Gesetz Unternehmen dazu verleitet, sich aus bestimmten Regionen zurückzuziehen, was den Menschen vor Ort schadet und erreichte Standards gefährdet.
- Das IW Köln (2022) verweist auf Frankreich, wo das "Loi de Vigilance" (2017) die Importe von Vorprodukten reduzierte und einkommensschwachen Exportländern, insbesondere ehemaligen Kolonien, schadete.



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

26.06.2025

Drucksache 19/**7553**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**6801**

AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Oskar Lipp
Mitberichterstatter: Markus Saller

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 26. Juni 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

22.07.2025 Drucksache $1\overline{9/7704}$

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6801, 19/7553

AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

	bed			
-6	nan	וםו	ITA	n:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 JOIN(2025) 120 final BR-Drs. 156/25

Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschaftsund Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25 BR-Drs. 167/25

Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU COM(2025) 124 final BR-Drs. 120/25

Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	Z

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Äktionsplan für Stahl und Metall COM(2025) 124 final BR-Drs. 169/25

Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A		Z

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer COM(2025 79) final

BR-Drs. 131/25

Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten COM(2025) 96 final BR-Drs. 130/25

Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen COM(2025) 88 final

BR-Drs. 135/25

Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

COM(2025) 89 final BR-Drs. 136/25

Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE Wähler	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z		Z

9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent COM(2025) 165 final

BR-Drs. 209/25

Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze 13.05.2025 - 05.08.2025 Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion ("Data Union Strategy") 23.05.2025 - 18.07.2025 Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres an Bayerischen Kliniken Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen! Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen! Qualität im Gesundheitswesen verbessern! Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.: Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.: Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.: Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
 Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen – Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen! Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Kurorte in der Krise Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Transparente und faire Versetzungsverfahren und Stellenzuweisungen von Lehrkräften Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Einschleusung beenden! Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grie
ßhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
 Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen, Demokraties tärken

Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD) Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und "regulatorischen Sandkästen" in Bayern Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
 Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr

Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
 Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale
 Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
 Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gemeinsam mit den Kirchen handeln: Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	A

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Augsburger Eiskanal erhalten! Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) 100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern: Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!

Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
 Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen! Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schreibkompetenz verstärkt fördern Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "**Zustimmung"** zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunft des Augsburger Eiskanals sichern - verlässliche Trainingsund Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. SPD Kommunale Selbstverwaltung achten: Verbotspolitik der Staatsregierung beenden! Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handelsund Transparenzregister
 Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Gedenkort gegen Linksextremismus: Die "Landshut" nach Landshut holen! Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot! Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie: Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen! Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine zweite Runde:

Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen! Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei und Infrastruktur in Bayern Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen – Anstieg der Gewalt konsequent stoppen Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Ja zu Olympia in München und Bayern! Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie: Referenzertragsmodell beibehalten Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

zur 56. Vollsitzung am 22. Juli 2025

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Chance nutzen, Pendler entlasten! Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD) Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD) Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern – günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen! Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren! Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold u.a. SPD Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α